

Der Sozialstaat steht vor einer schwierigen Zukunft. Das im Grundgesetz garantierte Sozialstaatsgebot wurde und wird durch die Politik beständig ausgehöhlt. Dadurch hat sich unsere Gesellschaft immer mehr von dem Anspruch entfernt, alle Menschen, die in unserem Land leben, am gesellschaftlichen Leben und den vorhandenen Gütern und Dienstleistungen angemessen zu beteiligen. Sowohl die Armut als auch der Reichtum sind kontinuierlich gewachsen. Eine Politik des beständigen Sozialabbaus führt zu einer Spaltung der Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund fordert die AWO Bonn/Rhein-Sieg einen Politikwechsel, eine Umkehr zu einer sozialen Politik, die allen Menschen dient – unabhängig von geographischer Herkunft, ethnischen Wurzeln, religiöser Überzeugung oder materiellen Verhältnissen.

Ein starker Sozialstaat – Markenzeichen einer sozial gerechten Gesellschaft

Der Sozialstaat war für viele Jahre die Grundlage für materielles Wohlergehen, Integration und Teilhabe. Durch dessen materielle Aushöhlung werden immer mehr Menschen in unsichere Lebensverhältnisse gedrängt, ausgegrenzt und in die Armut getrieben.

Die AWO fordert:

- Keine Refinanzierung der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Schulden durch Kürzungen im sozialen Bereich
- Der Sozialstaat muss ein Garant gegen Armut und Ausgrenzung sein
- Handlungsfähige und finanzstarke Kommunen

Demokratie und ein starker Sozialstaat sind zwei Seiten ein und derselben Medaille: Wer einen Teil schwächt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Bezahlbarer Wohnraum – für alle, überall

Zuallererst braucht der Mensch ein Dach über dem Kopf. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum – für alte, kranke und behinderte Menschen genauso, wie für alle anderen.

Die AWO fordert:

- Der soziale Wohnungsbau muss wiederbelebt werden.

Gute Lebenschancen garantieren – Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

In Deutschland wächst gegenwärtig jedes sechste Kind und jeder fünfte Jugendliche in Armut auf. Das höchste Armutsrisiko haben Kinder aus Ein-Eltern-Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund. Armut im Kinder- und Jugendalter ist ein extremer Risikofaktor für die gesamten Lebenschancen der betroffenen Kinder – aber auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt.

Die AWO fordert:

- Rahmenbedingungen in der Erziehung, Bildung und Betreuung verbessern
- Kostenfreier Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten
- Prävention und Partizipation müssen Vorrang vor Krisenintervention haben
- Keine staatliche Aussortierung im Schulsystem – ganzheitliche Förderung aller
- Verbindliche, kostenfreie, durchgängige und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung
- Rechtsanspruch auf Eltern- und Familienbildung
- Regelsätze von Kindern und Erwachsenen so anheben, dass das soziokulturelle Existenzminimum abgedeckt ist
- Mittelfristig eigenständige Kindergrundsicherung

Für gute Arbeit und gerechte Löhne – Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik

Deutschland zählt zu den reichsten Volkswirtschaften der Welt und hat nach wie vor einen Spitzenplatz als Exportnation. Der Ertrag dieser Leistung kommt allerdings den Beschäftigten immer weniger zugute. Besorgniserregend ist dabei, dass der Preis für den Reichtum Weniger mit einer wachsenden Armut und Ausgrenzung von immer mehr Menschen einhergeht.

Die AWO fordert:

- Das Recht auf Arbeit im Grundgesetz verankern
- Arbeit darf nicht arm machen – Gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro
- Besondere Anstrengungen für junge Menschen ohne Schulabschluss – mehr zweite Chancen für Bildungsabschlüsse
- Ebenfalls besondere Anstrengungen für Menschen mit Vermittlungshemmnissen
- Öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für Menschen mit Handicap schaffen

Altersarmut bekämpfen – heute und für die Zukunft

Seit 2005 hat sich die Altersarmut in Deutschland verdoppelt. Durch Arbeitslosigkeit, Teilzeitjobs und Niedriglöhne droht immer mehr Menschen eine Armutsrente, die ein menschenwürdiges Leben im Alter unmöglich macht.

Die AWO fordert:

- Rücknahme der Streichung staatlicher Zuschüsse zur Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger
- Keine Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung

- Beibehaltung des Solidarprinzips in der Kranken- und Pflegeversicherung und die Weiterentwicklung zur Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten
- Armutsfeste Löhne – sie sind eine Grundvoraussetzung dafür, im Alter ohne Transferleistungen leben zu können
- Schaffung einer einheitlichen Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen, die alle Einkommensarten berücksichtigt

Der größte Teil dieser Forderungen hat die Bundes- oder Landesebene als Adressaten. Ebenso stehen aber Kommunen in der Verantwortung für eine sozial gerechte Gesellschaft.

Um die Aufgaben und Handlungsschritte klar bestimmen zu können, ist eine kontinuierliche Sozialberichterstattung unverzichtbar.